

Washington, 27. August. Das amliche Bulletin von heute Morgen 8 Uhr 30 Minuten lautet: Der Präsident hat während der Nacht mit Unterbrechungen geschlafen; flüssige Nahrung ist auch während dieser Zeit vom Magen zurückgehalten worden. Trotzdem war der Puls seit Mitternacht rascher und heute früh ausgeprochen schwächer als gestern. — Puls 120, Temperatur 98,4, Respiration 22. — Wie anderweit versichert wird, erreichte der Puls während der Nacht 130. Washington, 27. August. Nach dem heute Abend 6 Uhr 30 Minuten über das Befinden des Präsidenten Garfield ausgegebenen Bulletin ließen die Krankheitserscheinungen am Nachmittage eine leichte Besserung erkennen, Puls 114, Temperatur 98,09, Respiration 22. Gehirn frei. Die Drüsenanschwellung fährt fort, Eiter auszufondern, hat aber nicht merklich abgenommen.

Washington, 28. August. Das ärztliche Bulletin von heute Morgen 8½ Uhr lautet: In dem letzten Bulletin hervorgehobene Fieberung Garfield's dauerte die Nacht hindurch fort und trat seit Mitternacht noch entschiedener hervor. Der Puls ist gradweise vermindert, der Magen behält die ihm zugeführte flüssige Nahrung; der Geist ist vollkommen frei. Pulsbewegung 100, Temperatur 99,04, Respiration 16.

Frankfurt a. M., 28. August. Der Kronprinz, welcher gestern hieselbst eintraf, besuchte am Nachmittag die Ausstellung. Er besichtigte dieselbe, geführt vom Director Schiele auf das Eingebäude und dinirte nach vierstündigem Rundgang im Fiskusapavillon. An dem Diner nahmen der Oberpräsident Graf Eulenburg, der Generalmajor von Gemmingen und Mitglieder des Ausstellungscomites Theil. Um 7½ Uhr erfolgte die Abreise nach Wolfsgarten zum Besuche des Großherzogs von Hessen.

Paris, 28. August. Eine offizielle aus Tunis meldet, Oberst Corradet sei am 26. c., als er eben sein Lager bei Erbaïn abgebrochen, um auf Hammanet zu marschiren, von einer auf 12 000 Mann geschätzten arabischen Reiterſchaar angegriffen worden, habe den Angriff aber abgeſchlagen. Das Gefecht habe 3 Stunden gedauert, die Franzosen hätten 1 Todten und 3 Verwundete gehabt, die Araber hätten 15 Mann an Todten verloren und eine beträchtliche Anzahl Verwundeter gehabt. Oberst Corradet habe in einer Entfernung von 40 Kilometer vom General Sabatier, eine äußerst östliche Stellung eingenommen und suchte sich über die Stimmung der Einwohner von Hammanet zu vergewiſſen, wo es jederzeit sehr leicht sein werde, Truppen zu landen. Der Befehlshaber eines in der Nähe befindlichen tunesiſchen Lagers habe ſich mit Corradet in Verbindung geſetzt und denſelben ſeiner beſten Abſichten verſichert.

Rom, 28. August. Gerüchweise verlautet, daß bei Gelegenheit der zur Zeit der nächsten Kanonisation projectirten allgemeinen Bischofsversammlung eine Collectiv-Erklärung verfaßt werden soll, worin die gegenwärtige Lage des heiligen Stuhls als unhaltbar bezeichnet würde. Diese Erklärung solle mit einer begleitenden päpstlichen Note allen Regierungen zugesandt werden.

Der hier erkrankte päpstliche Nuntius in München, Roncetti, ist mit den Sterbesacramenten versehen worden.

Danzig, 29. August

Die Reise des Bischofs Norum nach Warzig macht den künstlich verbreiteten Zweifeln, als ob es bezüglich der Wiederbesetzung des Bischofsstuhls in

Der 22. Allgemeine Vereinstag der deutschen
Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften.

P. Rassel, 26. August

Die heutige erste Hauptversammlung wurde von
Bürgermeister Nizze mit einer kurzen Ansprache eröffnet
in welcher er in Vergleichung des heutigen Vereinsabends
mit dem 1866 in Rassel abgehaltenen constatirte, daß
damals 13, heute 32 Verbanddirectoren, damals
Vertreter von 35 einzelnen Genossenschaften, damals
von mindestens 200 anwesend seien. Er gedachte auch
des Todes eines um das Genossenschaftswesen hoch
verdienten Mannes, des Verbanddirectors des Vor-
schuß-Vereins von Berlin, Rudolf Bensmann, dessen
Andenken die deutschen Genossenschaften in Ehren
halten werden.

Hierauf begrüßte der zweite Bürgermeister der Stadt Rassel, Klöffler, die Versammlung Namens der Stadt, die in guter und glücklicher Zeit die Segnungen des streng nach Schulze's Grundsätzen geleiteten Creditvereins erkannt habe und täglich erkenne und hieß die Versammlung, die im Gegensatz zu dem auch bei selbst verschuldeter Noth üblich geordneten Ruße nach Staatshilfe das Schaffen mit eigener Kraft, die Vereinigung unter vollem Bewußtsein der Selbstverantwortlichkeit, das Einschießen eines für Allen und Aller für Einen auf ihre Fahnen geschrieben habe, herzlich willkommen.

Es folgte nunmehr die Berichterstattung des Anwaltes Dr. Schulze-Delitzsch über das verfloßene Vereinsjahr 1880. In der Hauptsache verwies er auf den zur Vertheilung gekommenen gedruckten „Jahresbericht für 1880“ — das bekannte statistische Jahrbuch. Trotz der für die wirtschaftliche Entwicklung so ungünstigen Zeit ist kein Rückgang der Genossenschaften unseres Systems zu verzeichnen. Die Zahl derselben hat sich nicht vermindert, sondern vermehrt: 1895 Vorfuß, und Creditgenossenschaften (1879: 1866), 674 Genossenschaften in einzelnen Gewerbezweigen (1879: 646), 645 Consum-Vereine (1879: 642) sind nachgewiesen. Nur wenige Genossenschaften haben ihre Wirksamkeit gekloffen. Nur 2 Concurse sind bekannt geworden. Von denjenigen Creditvereinen, die liquidirt haben, sind mehrere von der Personalhaft zur Kapitalhaft, von der Genossenschaft zur Actien-

Erier noch irgend welcher Verabredungen bedürfe, endlich ein Ende. Die Reise kann, wie die Dinge liegen, nur noch eine formale Bedeutung haben. Es ist also zu erwarten, daß der „Staatsanzeiger“ in nächster Zeit die Mittheilung bringen wird, der König habe sich veranlaßt gesehen, dem von der Curie bestellten Bischof von Erier den Homagialeid zu erlassen. Ob das Land der „großen und frommen Bischöfe“, wie der von der Schweizer Regierung abgesetzte Bischof von Genf, Mermillod, bei der Feier der Weihe des Coadjutors Stumpf in Straßburg das Esaj bezeichnete, auch den Bischof für Fulda abgeben wird, was die „Germania“ in Zweifel zieht, ist unter diesen Umständen gleichgiltig. Es kommt nur darauf an, sagt die Wochenrundschau der „Germania“, einen würdigen Priester zu finden, dem die Regierung den Eid erlassen will. Was die Erzbischofthümer Köln und Posen-Gnesen betreffe, so sei auf einen Verzicht der Herren Melchers und Ledochowski nur dann zu rechnen, wenn dieser Verzicht nothwendig sei, einen wahren und dauerhaften Frieden zu begründen. Die Dispositionen für den Friedensschluß sind offenbar längst getroffen; es kommt nur noch darauf an, das Publikum auf den Schlußact vorzubereiten. Man wird natürlich sagen, die Reise Korum's nach Barzin sei der beste Beweis, daß Fürst Bismarck nicht nach Canossa zu gehen brauche. Je entgegenkommender die Curie und Bischof Korum in der Form sind, um so zweifelloser ist es, daß sie sachliche Zugeständnisse nicht nöthig haben; es wird sich erst in einem späteren Act herausstellen, daß die Bereitwilligkeit der Curie, die Bischofsstühle wieder zu besetzen, keine bedingungslose ist. Die Diöcesen erhalten wieder Bischöfe, aber unter der Voraussetzung, daß auf dem Wege einer Abänderung der Maigezeze der Staat ihnen die Ausübung ihres Hirtenamtes „möglich machen“ wird. In diesem Zusammenhang ist es denn auch verständlich, daß von der Wiederholung einer Vorlage an den Landtag, welche der Regierung discretionäre Vollmachten geben sollte, Abstand genommen ist, und daß es sich in der nächsten Session um eine definitive Abänderung der Maigezeze handeln wird. Die Anzeigepflicht bei der Anstellung von Geistlichen wird man natürlich nicht ganz fallen lassen. Aber die Mittheilung der anzustellenden Candidaten an die Regierung verliert ja auch jede Bedeutung, wenn die Prüfung der Qualification der Candidaten ganz oder theilweise wegfällt und vor Allem die Berufung an den kirchlichen Gerichtshof durch eine Berufung an das Staatsministerium ersetzt wird. Da Mohamed nicht zum Verge gekommen ist, so soll jetzt der Berg zu Mohamed gehen. Ein „Gang nach Canossa“ ist das natürlich nicht, im Sinne der Regierung nämlich. Mit dem Worte ist ja, wie Geheimrath Hahn in der Uebersicht zu seiner soeben ausgegebenen Geschichte des Culturkampfes in Preußen sagt, viel Mißbrauch getrieben worden. Geheimrath Hahn bezeichnet als wirklichen Sinn des Wortes, daß es den festen Willen der Regierung bekunde, die Rechte der staatlichen Gewalt aufrecht zu erhalten. Es handelt sich nur darum, welche Rechte aufrecht erhalten und welche preisgegeben werden sollen; auf alle Fälle hätte eine Abänderung der Maigezeze keinen Sinn, wenn alle die Rechte, welche die Gezeze für den Staat in Anspruch nahmen, festgehalten werden. Selbstverständlich wird der Reichsfinanzler nicht mehr opfern, als erforderlich ist, um seiner Politik bei

gesellschaft übergegangen, wodurch sie auf eine der höchsten Aufgaben der Genossenschaften, auf die möglichste Verschöpfung von Kapital und Arbeit durch die Vermittelung des Creditbedürfnisses der verschiedenartigen Gesellschaftsklassen in einer und derselben Organisation verzichten mußten. Von den Consumvereinen ist noch immer eine kleine Zahl nicht zum ausschließlichen Baarverkauf übergegangen, obgleich die allgemeine Abtheilung des im Verkauf auf Borg bestehenden Krebschadens dringend nöthig ist zur wirtschaftlichen Debung der unbemittelten Volksklassen.

Mit besonderem Nachdruck hob der Anwalt die Unterverbände als eines der wichtigsten Glieder der Organisation hervor; die Unterverbandsstage, von denen auch der Anwalt zu lernen hat, vermitteln die absolut unentbehrliche Verbindung der Centralstelle, bei der das ganze Material an Rechts- und Organisationsfragen zusammenfließt, mit den einzelnen Vereinen. Dennoch gehören über 100 Vereine zwar dem allgemeinen Verbands, aber keinem Unterverbands an. In einzelnen Districten, wie in Hannover, scheinen noch immer eigenthümliche particularistische Neigungen daran Schuld zu sein. Aber die Vereine haben von der Zugehörigkeit zu einem ständigen Unterverbands große Vortheile, andernfalls steuern sie mit für die Unterverbände, an denen sie nicht theilnehmen. Wer die Genossenschaftsbewegung, die eine deutchnationale ist, particularistisch aufstellt, unterdrückt ihre segensreiche

Wirkung auf die nationale Gestaltung des Vaterlandes.
— Die vielfachen Beschwerden über Heranziehung der
Genossenschaftskassen zu Landessteuern lassen sich im
Reichstage nicht erledigen. Doch ist vielleicht möglich,
daß gegenüber den Klagen wegen Aufzehrung der
Landesgewerbesteuer im Reichstage festgestellt wird,
wann man ein Gewerbe betreibt. In Posen, Baden,
Bayern find neuerdings Gesetze entworfen, welche diese
Frage sachgemäß beantworten. In Preußen nament-
lich ist den Vereinen, die sich von den allgemeinen Be-
dingungen des Gewerbebetriebs fernhalten, bringen
zu rathen, mit ihren Beschwerden, da sie beim Minister
fruchtlos erhoben würden, an die Volksvertretung
zu gehen.

Für die sehr wichtige Frage der genossenschaftlichen Gesetzgebung ist zu beachten, daß vor Rheinpreußen aus jene andere Gattung Genossenschaften, die man

Unterstützung des Centrums zu sichern; das dürfte aber für die Curie gerade genug sein.

Es kann jetzt als sicher angenommen werden, daß der preussische Landtag kurze Zeit nach dem Vollzug der Reichstagswahlen zusammentreten und daß demselben kirchenpolitische Vorlagen zugehen werden.

Nach mehrfachen untrüglichen Anzeichen ist zu erwarten, daß der Landtag in der bevorstehenden Session endlich mit dem viel und lange besprochenen Finanzplan der Regierung befaßt werden möchte. Es handelt sich dabei wohl um die Verwirklichung von Plänen, welche der Finanzminister Bitter dem Reichskanzler schon zu Anfang dieses Jahres vorgelegt und mit demselben vereinbart hat. Unter Anderem hört man von einer heabsichtigten Ergänzung des Systems der directen Steuern durch Einführung einer vom Renteneinkommen über 1200 Mk. zu erhebenden Kapitalsteuer. Wahrscheinlich wird auch daneben die bereits vielfach behandelte Reform der Klassen- und Classificirten Einkommensteuer wieder vorkommen.

Der conservative „Hamburger Correspondent“ bespricht das Project einer Altersversicherung für Arbeiter; und er ist in dieser Frage um so kompetenter, da er sich so viel wie kein anderes deutsches Blatt mit großem Ernst seit einer langen Reihe von Jahren mit den einschlägigen wirthschaftlichen Fragen beschäftigt hat. Auch steht derselbe durchaus nicht auf sog. „mandasterlichem“, sondern auf entschiedenen katholisch-socialistischem Standpunkte. Und dennoch kommt er zu folgenden Schlüssen:

„Schon die gigantischen Proportionen, welche eine Altersversicherung für Arbeiter annehmen müßte, lassen den Versuch, gegenwärtig an eine solche heranzutreten, unausführbar erscheinen. So lange man nicht einmal weiß, wie groß die Zahl der gewerblichen Arbeiter ist, und wie viele von ihnen alljährlich ihrer Berufstätigkeit zum Opfer fallen, nimmt das Versprechen, auch noch arbeitsunfähig gewordenen Greisern sowie den Wittwen und Kindern früh verstorbener Glieder des Arbeiterstandes staatliche Pensionen auszugeben, sich geradezu chimärisch aus. Die Unfallversicherung hat es allein mit beschäftigten Arbeitern zu thun und ermöglicht darum regelmäßige Beiträge dieser Beteiligten; der Nichtarbeitende kommt als nichtgefährdet nicht in Betracht und die Gefährdung bezieht sich immer nur auf eine verschwindende Minderheit. — Soll von dem Prinzip der Beitragspflicht der Beteiligten nicht völlig abgesehen werden (und das wird man auch regierungsseitig für unmöglich halten), so entsteht in Sachen der Altersversicherung die jeder Lösung spottende, nicht einmal theoretisch beantwortete Frage, wer denn für die zeitweise und beschäftigten Arbeiter die Prämien aufbringen soll, und wie der Staat es anfangen will, allen Arbeitern eine Beitragspflicht aufzulegen, wenn er nicht zugleich dafür sorgt, daß alle Arbeiter Beschäftigung und damit die Mittel zur Zahlungsfähigkeit finden? Um alle in Betracht kommenden Arbeiter aber würde es sich handeln, da alle dem Gesicht entgegen gehen, entweder alt oder arbeitsunfähig zu werden, oder, wenn sie früh sterben, unversorgte Wittwen und Waisen zu hinterlassen! Und dabei bleiben die übrigen gleich schwierigen Fragen nach der Abgrenzung zwischen gewerblichen und nicht-gewerblichen Arbeitern, nach dem Loos der übrigen vermögenslosen Staatsbürger, nach der Gerechtigkeit von Aufwendungen für eine bestimmte Klasse, nach der Stellung der kleineren gewerblichen Unternehmer u. s. w. u. s. w. völlig außer Betracht! — Aus der Thatfache, daß regierungsseitig so weit aussehende und so völlig unvorbereitete Pläne zu Zahlungen unter die Massen geworfen und mit dem Tabakmonopol in Zu-

weit verbreitet und gewiß vielfach segensreiche Wirksamkeit gefunden haben. Leider ist die Statistik der selben noch unvollkommen, doch werden es an 700 sein. Neuerdings haben sie sich in Verbänden constituirt, namentlich in Hessen und Baden. Eine Verständigung mit denselben, gerade in Betreff der Ansprüche an die Gesetzgebung ist dringend zu wünschen. Sie ist zu allseitiger Befriedigung angebahnt. Der Vorkseher der hessischen und badischen Verbände, Generalsecretär Dr. Weidenhammer und Polizeirath Haas aus Darmstadt und Landesöconomierrath Möcklin aus Carlsruhe, nehmen an der heutigen Versammlung als willkommene Gäste Theil. Schließlich führe ich Schulze zu allgemeiner Heiterkeit einige Beispiele an, mit welcher Verlogenheit in neuester Zeit von einer Centralstelle aus in eine gewisse Sorte von Localblättern Angriffe gegen die Genossenschaften befördert werden. Seine alte Warnung, die Bestie im Menschen nicht zu entsehlen, damals gegen die Lassall'schen Agitationen gerichtet, sei heute noch weit mehr nach anderer Richtung hin angebracht. Es kann nicht Wunder nehmen, wenn die alten Gegner bei der gegenwärtigen Zusammenstoß der wirtschaftlichen Selbsthilfe mit dem Staatsocialismus wieder hervorkommen. Von jeher haben die politischen und wirtschaftlichen Bewegungen in einander gegriffen. Aber mit politischen Fragen haben wir in unseren genossenschaftlichen Versammlungen nichts zu thun. Wir bleiben auf dem Boden des Gesetzes von 1868 stehen; unsere Aufgabe ist ein für allemal begrenzt, sie erstreckt sich auf die Aufrichtung und Hebung zahlreicher wenig begüterter Volksklassen durch eigene Thätigkeit zu besserer sittlicher und wirtschaftlicher Haltung. Wir bleiben bei der Erzielung dieser Volksklassen zur Selbsthilfe in Wirtschaft und Gewerbe stehen und trösten uns, daß diejenigen Elemente der Bevölkerung, die uns jetzt hier und da durch wüste Agitationen entzogen werden, alle wieder zu uns kommen werden. Die ungeheuren Kosten der Staatshilfe können schließlich gar nicht anders angebracht werden, als durch die Rückkehr zur Selbsthilfe. Wir werden uns bis dahin halten, und wenn man so weit kommt, sind wir wieder auf dem Posten!

In diesen Vortrag des Anwaltes knüpfte Dr. Glademeyer, Director des Credit-Vereins zu Hannover, ein paar Bemerkungen, wonach ein von seinem Verein erlassenes Rundschreiben an die hiesigen

ammenhang gebracht worden sind, ließen sich Schlussfolgerungen der verschiedensten Art ziehen. Wir sehen von diesen Folgerungen vorläufig ab und begnügen uns damit, Namens einer soliden und gesicherten Durchführung der ein Mal auf die Tagesordnung gesetzten Unfallversicherung gegen das vorzeitige Auspielen weitergehender Projecte nachdrücklich zu protestiren."

Die „Köln. Ztg.“ hatte in zwei Artikeln noch einmal die bekannten Bedingungen präcisiert, unter denen die Nationalliberalen bereit sein würden, die Regierung in Bezug auf die Steuerreform zu unterstützen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ antwortet darauf in der Form sehr verbindlich und meint, bei genauerer Prüfung würden die Nationalliberalen erkennen, daß sie mit dem Steuerreformplan der Regierung in allen Hauptsachen übereinstimmen, und in gleichfalls zwei Artikeln bringt sie es denn auch glücklich dahin, daß sie den Nationalliberalen haarscharf den Beweis liefert, sie müßten eigentlich, um ihr Programm richtig auszuführen, das der Regierung annehmen. Wie das gouvernementale Organ dabei verfährt, möge man aus Folgendem ersehen: Die Nationalliberalen fordern, daß die indirecten Steuern als Verbrauchsteuern nicht bleibend von „nothwendigen Lebensmitteln“, sondern nur von solchen Genußmitteln erhoben werden, die zur Noth entbehrlich sind. Die „Köln. Ztg.“ hatte in ihrer sehr bedächtigen Weise hinzugefügt: „Alle wahrhaft liberalen Männer müssen und werden auf eine principgemäße Revision dieser Lebensmittelsteuern drängen, unentwegt und unablässig, wenn auch ohne Ueberstürzung und ohne blindes Angestium.“ Die „N. A. Z.“ spottet nun, sie könne eine nähere Erörterung dieser Frage bis zu dem Momente, wo dieselbe praktische Geltung beanspruchen sollte, verschieben; begnüge sich heute damit, die „N. A. Z.“ daran zu erinnern, daß unser dieser Revision der Lebensmittelsteuern der Getreidezoll unter keinen Umständen einbegriffen sein kann, da derselbe erstlich die Preise der Lebensmittel, d. h. des Brodes, durchaus nicht erhöht und zweitens seine Einführung nicht auf einer fiscalischen, sondern auf einer socialpolitischen Erwägung beruht. „Also der reine Hohn! Selbst die „Nat.-Lib. Corr.“ begreift, was die schönen Worte der „N. A. Z.“ bedeuten. Sie sagt, sie wolle erst die bezüglichen Vorlagen abwarten, ehe sie sich der Uebereinstimmung ihrer Partei mit der Regierung in einer der wichtigsten Fragen erfreue.

In Galizien sind zwei russische Generalstabsoffiziere wegen Spionage verhaftet und nach Abnahme ihrer Papiere über die Grenze gebracht worden. Sie haben sich längere Zeit in Przemyśl incognito aufgehalten und Zeichnungen von der Umgebung aufgenommen. Unter den Papieren soll die Reiseroute der Spione, sowie eine interessante Correspondenz mit hochgestellten militärischen Kreisen Rußlands gefunden sein. — Der kleine Zwischenfall wird wohl das „herzliche Einvernehmen“ zwischen Wien und Petersburg nicht stören.

Das Journal „Italie“ sagt, es habe die seit einiger Zeit ventilirte Frage einer Reise des Königs Humbert nach Wien und Berlin nicht zu discutiren, es sei ihm aber gestattet zu constatiren, daß die bezügliche Nachricht eine Aufnahmefunden habe, die die ausgezeichneten Beziehungen beweise, in welchen Italien zu Oesterreich und

noverschen Credit-Vereine behufs Besichtigung eines Delegirtentages von dem Anwalte mißverstanden sei. Gerade die Anbahnung einer Vereinigung der hannoverschen Genossenschaften mit dem deutschen Verbande sei herbeigeführt worden.

Die Tagesordnung des zweiten Theiles der heutigen ersten Hauptversammlung betraf zunächst die besondern Angelegenheiten der Vorschußvereine.

I. Ein Antrag des Verbandes der Creditgenossenschaften der preussischen Lausitz, wonach die Anwaltschaft ersucht werden sollte, geeignete Maßnahmen zur Anregung zu bringen, damit die Vereinsvorstände nicht aus Fehlern beglaubigter Abschriften in den Protokollregistern der Notare wegen angeblich nicht verwandter oder nicht richtig laffirter Wechselstempelmarken zur Bestrafung gezogen werden könnten, wurde von Lehmann-Nie aus Cottbus unter Ergrählung eines Specialfalls motivirt, aber durch Annahme eines von Diehl-Rassel gestellten Antrags auf Uebergang zur Tagesordnung beseitigt, da es allerdings nicht Sache der Vereinstages sein kann, so allgemeine Aufforderungen an den Anwalt zu stellen, ohne selbst Vorschläge zu machen.

II. Ein Antrag der Darmstädter Volksbank geht dahin, daß den Genossenschaften nicht zu empfehlen sei, bei der alljährlich stattfindenden Neuwahl der Verwaltungsg-Organe die Wiederwahl sämtlichen Aufsichtsratsmitglieder zuzulassen, vielmehr es in ihrem Interesse liege, den Aufsichtsrath vertheilt jährlich theilweise zu ergänzen, daß stets eine Anzahl älterer Mitglieder für die nächste Periode, als nicht wählbar, auszuscheiden habe. — Dieser vom Verbands-director Bernhardt Darmstadt begründete Antrag fand lebhaften Widerspruch und wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dr. Herz-Mannheim und Schenk-Wiesbaden hatten ausgeführt, daß der statistische Zwang, bewährte Kräfte aus dem Verwaltungsrath zu beseitigen, verwerflich, überdies der Gegentheil auf dem Allgemeinen Vereinsstag zu Constanz beschlesien sei.

III. Bärger sei nahm ein Antrag des Anwalts Dr. Schulze-Dehlig in Anspruch. Der vorjährige Vereinsstag zu Altona hatte ihn beauftragt, nach Vornahme der Verhandlungen des Schieds-Riesebach und der Gewerhebank Gotha eine Musterfructur für Vorstände von Creditgenossenschaften auszuarbeiten.

Deutschland, seinen natürlichen Verbündeten, stehe. Diese Beziehungen seien heute enger als jemals zuvor, die Regierungen und die Völker befänden sich wohl dabei. Wenn die Regierungsjorgen und die politischen Erwägungen die Reise des Königs gestatteten, wie man es von ganzem Herzen wünsche, werde die Reise ein sehr glückliches Ereignis sein, das, indem es das Prestige Italiens befestige, auch nicht ohne Einfluß bleiben werde auf die Erhaltung des europäischen Friedens.

Deutschland.

△ Berlin, 28. August. In der Stadt herrschte seit einigen Tagen lebhafteste Beunruhigung in Folge der unglücklichen Nachrichten welche über das Befinden des Kaisers verbreitet waren. Erfreulicher Weise waren diese Nachrichten übertrieben oder vielmehr gar nicht zutreffend; der Kaiser befindet sich vollkommen wohl, verlegt noch heute Abend seine Residenz von Babelsberg nach Berlin und gedenkt Dienstag die Parade des Garde-Corps auf dem Tempelhofer Felde abzunehmen, welche indessen nur bei günstigem Wetter abgehalten wird. — Die Frau Prinzessin Wilhelm wird dem Vernehmen nach ihren Gemahl nicht nach Schleswig-Holstein zu den Manövern begleiten, sondern die Frau Kronprinzessin wird die Honneurs an der Seite des Kaisers machen. — Der commandierende General des Garde-Corps Prinz August von Württemberg giebt am Mittwoch, den 31. d. M., ein großes militärisches Diner, zu welchem sämtliche Truppencommandeure der Garde, die königlichen Prinzen u. geladen sind. Es heißt, es sei auch das Erscheinen des Kaisers zu erwarten.

△ Berlin, 28. August. In dem Umrufe der preussischen Verwaltung werden die Vorarbeiten für die Landtagsession ganz in früherer Weise fortgeführt, als ob niemals von der Berufung des Reichstags im November die Rede gewesen wäre. Daraus ist offenbar die Nachricht entstanden, daß der Landtag auch in diesem Jahre zu gewohnter Zeit zusammenzutreten werde. Bis vor wenigen Tagen war eine definitive Bestimmung noch nicht getroffen. — In dem Maße, wie die Tragweite des von Herrn Maybach unternommenen zweiten Verstaatlichungsfeldzugs hervortritt, steigern sich die Bedenken selbst in den Kreisen derjenigen Abgeordneten, welche in der Session 1879/80 für den Anlauf der Privatbahnen eingetreten sind. Minister Maybach scheint darauf zu rechnen, die berühmten wirtschaftlichen und finanziellen Garantien in der nächsten Session noch einmal zu verwerthen.

* Der Umstand, daß Fürst Bismarck so plötzlich nach Vargin abgereist ist, wird, so schreibt man der „Times“ von hier, in politischen Kreisen vielfach besprochen. Der Fürst sei, nachdem er Tags zuvor eine auffallend lange Unterhaltung mit dem Kaiser gehabt, der von Babelsberg herübergekommen war, um den Kanzler aufzusuchen, nach Schönhausen gefahren und dann von dort zurückgekehrt, sofort nach Vargin abgereist, ohne in Berlin noch Jemand gesprochen zu haben. Daraus wird nach der Correspondenz geschlossen, daß zwischen dem Kanzler und der sogenannten Hofpartei wieder Differenzen ausgebrochen seien. Wo die Ursache solcher Differenzen liegt, weiß der Correspondent nicht, nur kann er versichern, daß es keine politische, sondern Personenfragen sind. Viel mehr aber, als daß möglicher Weise Graf Eulenburg, Herr v. Schlieffen oder Graf Hatzfeldt zu den Differenzen Veranlassung gegeben haben könnten, weiß der Correspondent nicht.

* Graf Wilhelm Bismarck beabsichtigt, wie ein hiesiges Blatt vernimmt, kurz vor den Wahlen sich noch einmal in einer antisocialistischen Versammlung hören zu lassen; ob mehr zur Erbauung seiner Freunde oder seiner Gegner wird nicht gesagt. Jedenfalls dürfte er durch seine Rede den nicht souveränem Parteien ein gut Theil Wahlagitation ersparen.

* Die gebedete Corsette „Bineta“ (19 Gesetze, Commandant Capt. v. See Firzom) befand sich, telegraphischer Nachricht zufolge, am 25. August cr. noch in Port Elisabeth (Caplan).

Coblenz, 27. August. Der Kronprinz hat auf der Durchreise von England nach Bayern die Kaiserin vorgestern besucht, deren Reconvalescenz durch die Ungefit der Witterung noch verzögert wird. Die behandelnden Aerzte wünschen für die Kaiserin im Laufe des Monats September Luftveränderung, und zwar ist Baden hierfür in Aussicht genommen, wiewohl sie an den bevorstehenden Festlichkeiten in Karlsruhe offiziell nicht wird betheiligt können.

△ Kiel, 26. August. Nachdem gestern Vormittag die Inspecirung der zur hiesigen Station gehörigen Panzerthurnschiffe „Friedrich der Große“ und „Preußen“ durch Admiral v. Stofz stattgefunden hatte, wurden nachmittags noch die sämtlichen Boote zu einem Landungsmanöver armirt. Die Mannschaften und Offiziere waren hierzu bewaffnet, das Sanitätscorps

Gegenwärtig liegt es aber, da bei der Verschiedenheit im Umfange und der Art der Geschäftsführung der Creditgenossenschaften ein allgemeines Muster unthunlich erscheine, einen wesentlich den Vorschlägen Schöndts entsprechenden Entwurf vor, der den Bedürfnissen der weniger bankmäßig entwickelten Vereine angepaßt war und beantragte die Zustimmung des allgemeinen Vereinsstages. In der Discussion wurden von Klinkert-Breslau und Matzjies-Stralund einzelne Ausstellungen erhoben, z. B. monirt, daß nach dem Entwurf es zweifelhaft sei, ob der Vorstand dem Aufsichtsrath auch die abgeleiteten Creditbewilligungsanträge vorzulegen habe, daß ferner der Kassirer und nicht der Controleur die nicht zur Kasse gehörigen Bücher führen solle. Auch Hofp-Insterburg schloß sich diesen Bedenken an und formulirte dieselben zu einem Änderungsantrage, während Schöndt-Wiesbaden den Entwurf verteidigte. Die Discussion wurde indessen frühzeitig geschlossen, die Mehrheit lehnte die Entscheidung ab, indem sie einen Antrag Seine-Landsberg a. W. annahm, wonach der Entwurf im Allgemeinen den Genossenschaften zur Kenntnignahme mitgetheilt werden soll.

Von den Anträgen betreffend die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaften, kam heute nur einer, nämlich der des hiesigen Unterverbandes, betreffend die Anstellung ständiger Verbandsrevisoren, zur Erledigung. Schon seit einigen Jahren hat Schulze-Delitzsch, in der Erkenntnis, daß der Zusammenbruch mancher Genossenschaft gehindert und dadurch von den Mitgliedern schweres Unglück abgelenkt wäre, wenn rechtzeitig eine Revision durch sachverständige Nichtmitglieder stattgefunden hätte, die Einführung derartiger periodischer Revisionen angebahnt. Die Frage hat deshalb in den letzten Jahren die Verbandsstage der Unterverbände von Creditgenossenschaften regelmäßig beschäftigt. Der Verband der hiesigen Genossenschaften hat auf Antrag seines Directors Morgenstern-Breslau beschlossen, versuchsweise einen ständigen Verbandsrevisor als Beamten des Verbandes anzustellen. Nach den auf dem diesjährigen Unterverbandstage zu Breslau angenommenen Bestimmungen sollte der Revisor verpflichtet sein, die Geschäftsführung sämtlicher Vereine regelmäßig dahin zu prüfen, ob die Rathschläge des Anwaltes, der allgemeinen Vereinsstage und der Unterverbandstage in Betreff der Geschäftsführung, der Aufstellung der Bilanz u. f. v. berück-

sichtigt sind, er sollte ferner über jede Revision ein Protokoll aufnehmen und in einer zu diesem Zwecke zu berufenden vereinigten Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrathes vortragen und erläutern, auch dem Verbandsdirector eine Abschrift des Protokolls zu stellen. Zur Aufbringung der Kosten (Gehalt, Reisekosten und Diäten) sollte jeder Verein noch einen besonderen, nach Höhe der Bruttoeinnahmen an Zinsen und Provisionen zu bemessenden Beitrag jährlich entrichten. Leider hat sich bisher kaum die Hälfte der zum schließlichen Unterverbande gehörenden Vereine diesen Beitrag zu zahlen verpflichtet und die Ausführung des mit größter Sorgfalt und Umsicht aufgestellten Planes scheint vorläufig noch des Kostenpunktes halber aufgeschoben werden zu müssen.

Der Antrag des schließlichen Unterverbandes verlangt nun einen Beschluß des Allgemeinen Vereinsstages dahin: In Erwägung a., daß die Anstellung ständiger Verbandsrevisoren — allmählich allgemein durchgeführt — eine wünschenswerthe Vervollständigung und organische Weiterentwicklung der Verbands-Einrichtungen darstellt und zugleich geeignet ist, gesetzgeberischen Verfassungen, die Genossenschaften der Controle staatlicher oder kommunaler Behörden zu unterstellen, entgegen zu wirken; b. daß es daher den allgemeinen genossenschaftlichen Interessen entspricht, derartige Anstellungen nach Kräften zu fördern; c. daß als das geeignetste Mittel hierzu neben der fortwährenden Auffklärung und Belehrung über den Nutzen der Verbandsrevisoren eine einvernehmliche finanzielle Beihilfe in solchen Fällen erscheint, wo die Begründung neuer Revisorstellen für den Anfang finanziellen Schwierigkeiten begegnet, — ermächtigt der Allgemeine Vereinsstag den Herrn Anwalt, einen Theil der laufenden Jahres-Einnahme des Allgemeinen Verbandes bis zum Höchstbetrage von 10 Proc. derselben nach eigenem Ermessen in dazu geeigneten Fällen widerruflich als Beihilfe zur Besoldung neu angestellter ständiger Verbandsrevisoren zu verwenden.

Der Verbandsdirector Morgenstern begründete klar und sachlich den Antrag in trefflicher Ausführung. Er wies das Bedürfnis ständiger Revisoren aus der gemeinsamen Organisation nach, sowie, daß eine sachgemäße normale Controle der Geschäftsführung der Vereine nur aus der Initiative derselben, nicht etwa durch Regierungsmaßregeln herzustellen sei. Gerade um allen Verfassungen staatlicher Einmischung von vorn-

mit einem der Stabsärzte vom Geschwader befand sich in einem Kutter des Flaggschiffes, in jeder Jolle ein Assistenz-Arzt, 1 Lazarethgehilfe und 3 Kranenträger ausgerüstet mit Betten, Bandagen, Binden, Tragbehörden und Matratzen. Die Landungsgefahr befanden sich in den Barkassen, ferner die Kochherde, Kohlen, Wasser, Proviant und Munition in jedem Boot. Die Boote legten sich darauf längsseit des Commandoschiffes und bewegten sich auf ein vom Commandoschiff gegebenes Signal unter verschiedenen Formationen nach Reumühlen und auf ein neues Signal zurück nach dem Flaggschiff, wo Hr. v. Stofz auf der Commandobrücke stehend die Bootsflotte an sich vorbeifahren ließ. Schließlich fand noch ein Wettrudern zwischen den Gigs und Ruttern der einzelnen Schiffe statt, wobei die Gig der „Grille“ den ersten und die Gig von dem Flaggschiff „Friedrich Carl“ den zweiten Preis erhielt. Beim Rutterwettrudern erhielt wieder ein Kutter des Flaggschiffes den von Herrn v. Stofz dafür bestimmten Preis.

Karlsruhe, 25. August. Heute fand auf Schloß Mainau die Confirmation des Prinzen Ludwig Wilhelm, des zweiten Sohnes des Großherzogs, statt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. August. Der „Ungarischen Post“ zufolge hat die ungarisch-rumänische Commission für die Unterzeichnung der Grenzverleugung ihre Arbeiten beendet. Dieselbe überzeugte sich, daß eine eigentliche Grenzverleugung im strengen Sinne des Wortes nicht stattgefunden hat. Die von der Commission aufgenommenen Protokolle werden den beiderseitigen Regierungen vorgelegt. (W. L.)

England.

London, 27. August. Dr. Bradley, Director des Universitäts-Collegs in Oxford, ist zum Dean der Westminster-Abtei ernannt worden. — Eine heute eingegangene Depesche des Vicelönigs von Indien sagt, nach den ihm zugegangenen Nachrichten habe sich der Truppenbestand Ayub Khan's stark gemindert, keines von seinen Regimentern zähle mehr als 400 Mann und die darunter befindlichen Truppen aus Kabul seien sehr unzufrieden. Ayub Khan habe auch noch Gewehre, Zelte und Proviantvorräthe in die Gegend von Herat entsendet.

Frankreich.

Paris, 26. Aug. Ein Telegramm des „Temps“ aus Saïda meldet, der Commandant der von Gerville aufgeführten Truppenabtheilung, Oberst Negrier, habe beim Passiren von Abiod das dort befindliche Grab des von den Arabern als Heiligen verehrten Marabout, Sidi Scheich, zerstört lassen; es sei sehr zu befürchten, daß dadurch der Fanatismus der Araber werde erregt werden. — Aus Sufa wird gemeldet, in den benachbarten Städten und Dörfern herrsche große Erregtheit wegen der Nähe von herumreisenden Banen, die Alles zu plündern drohen. Ueberall in der Nachbarschaft werde von Marabouts geplündert und gemordet. Die zur Herstellung einer Verbindung zwischen Tunis und Sufa mit einer starken Escorte abgegangenen Telegraphenbeamten seien genöthigt gewesen, zurückzuweichen. Der Gouverneur von Sufa habe jedem bewaffneten Araber den Eintritt in die Stadt untersagt. Mehrere Laufende Araber seien in einer Entfernung von 45 Kilometern von Tunis und nur 10 Kilometer weit von Hammanet gesehen worden, wo eine französische Truppenabtheilung lagere.

— 27. August. Aus Saïda wird gemeldet: Oberst Negrier demolirte das Grabmal des Sidi Scheich, respectirte aber die Ueberreste dieses Heiligen. Dieselben wurden mit militärischen Ehren in die Moschee zu Gerville übergeführt. — In Sufa wurden große Vorsichtsmaßregeln gegen die Araber getroffen. Die Stadt war mehrere Tage hindurch geschlossen. Gerüchweise verlautet, daß das französische Lager bei Hammanet von mehreren raufenden Arabern angegriffen worden sei, daß letztere aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen seien. Ebenso verlautet, daß das Lager bei Gabes in gleicher Weise angegriffen worden sei.

Es bestätigt sich, daß Roustan nach Paris beufen worden, um sich mit der Regierung über Maßregeln zur Sicherung der Ruhe in Tunis zu verständigen.

Russland.

Petersburg, 27. August. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht einen kaiserlichen Uas an den Senat, durch welchen der Posten des Petersburger Stadthauptmanns aufgehoben wird. Die Befugnisse des Stadthauptmanns gehen theils auf den Oberpolizeimeister, theils auf den Gouverneur über.

* Fürst Krappotin, der aus der Schweiz ausgewiesen wurde, ist nicht zum ersten Male mit der Polizei im Conflict. Aus Genf ist er 1879 ausgewiesen. Er stand in der russischen Armee, wurde wegen des Verdrachts der Zehnnahme an der revolutionären Propaganda zwei und ein halbes Jahr in Haft gehalten und entkam mit Hilfe guter Freunde. Eine seiner Schwestern gerieth in Verdrach, ihm gefolgt

sichtigt sind, er sollte ferner über jede Revision ein Protokoll aufnehmen und in einer zu diesem Zwecke zu berufenden vereinigten Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrathes vortragen und erläutern, auch dem Verbandsdirector eine Abschrift des Protokolls zu stellen. Zur Aufbringung der Kosten (Gehalt, Reisekosten und Diäten) sollte jeder Verein noch einen besonderen, nach Höhe der Bruttoeinnahmen an Zinsen und Provisionen zu bemessenden Beitrag jährlich entrichten. Leider hat sich bisher kaum die Hälfte der zum schließlichen Unterverbande gehörenden Vereine diesen Beitrag zu zahlen verpflichtet und die Ausführung des mit größter Sorgfalt und Umsicht aufgestellten Planes scheint vorläufig noch des Kostenpunktes halber aufgeschoben werden zu müssen.

Der Antrag des schließlichen Unterverbandes verlangt nun einen Beschluß des Allgemeinen Vereinsstages dahin: In Erwägung a., daß die Anstellung ständiger Verbandsrevisoren — allmählich allgemein durchgeführt — eine wünschenswerthe Vervollständigung und organische Weiterentwicklung der Verbands-Einrichtungen darstellt und zugleich geeignet ist, gesetzgeberischen Verfassungen, die Genossenschaften der Controle staatlicher oder kommunaler Behörden zu unterstellen, entgegen zu wirken; b. daß es daher den allgemeinen genossenschaftlichen Interessen entspricht, derartige Anstellungen nach Kräften zu fördern; c. daß als das geeignetste Mittel hierzu neben der fortwährenden Auffklärung und Belehrung über den Nutzen der Verbandsrevisoren eine einvernehmliche finanzielle Beihilfe in solchen Fällen erscheint, wo die Begründung neuer Revisorstellen für den Anfang finanziellen Schwierigkeiten begegnet, — ermächtigt der Allgemeine Vereinsstag den Herrn Anwalt, einen Theil der laufenden Jahres-Einnahme des Allgemeinen Verbandes bis zum Höchstbetrage von 10 Proc. derselben nach eigenem Ermessen in dazu geeigneten Fällen widerruflich als Beihilfe zur Besoldung neu angestellter ständiger Verbandsrevisoren zu verwenden.

Der Verbandsdirector Morgenstern begründete klar und sachlich den Antrag in trefflicher Ausführung. Er wies das Bedürfnis ständiger Revisoren aus der gemeinsamen Organisation nach, sowie, daß eine sachgemäße normale Controle der Geschäftsführung der Vereine nur aus der Initiative derselben, nicht etwa durch Regierungsmaßregeln herzustellen sei. Gerade um allen Verfassungen staatlicher Einmischung von vorn-

zu haben und wurde ins Gefängnis geworfen. Mittels eines gefälschten Passes gelangte Fürst Krappotin nach der Schweiz. In Genf war er der Führer der Anarchisten aus allen Ländern, die dort Zuflucht gesucht hatten. Von seiner Bildung und gewinnenden Manieren ist er ein fanatischer Revolutionär.

Danzig, den 28. August.

* [Telegraphisches Wetter- Prognostikon der deutschen Seewarte für Dienstag, den 30. August.] Ruhiges wärmeres, meist heiteres und trockenes Wetter. Für heute (Montag) hatte das gestrige Telegramm der Seewarte in Aussicht gestellt: Ruhiges warmes, zeitweise heiteres Wetter ohne wesentliche Niederschläge.

* Heute Vormittag 9 Uhr wurde die Abgeordnetenversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, an der einige 30 Delegirte Theil nahmen, im Stadterordneten-Saale des Rathhauses durch den Herrn Bau Rath Köhler, Hannover mit einer Begrüßung und mit Dankesworten für den den Theilnehmern in Danzig gewordenen freundlichen Empfang eröffnet. Gestern Abend war eine Vorversammlung im Rathsaal vorangegangen, in welcher Hr. Bau Rath Ehrhardt Namens des westpreussischen Architekten- und Ingenieur-Vereins die Gäste begrüßte hatte. Zum Vorsitzenden des Abgeordneten-Saales wurde nach heute Herr Bau Rath Köhler, zu dessen Stellvertreter Herr Regierungsrath Ehrhardt, und zu Schriftführern wurden die Herren Baumeister Panten und Sarrazin gewählt. Hierauf wurde zunächst die Rechnung für's abgelaufene Jahr vorgelegt, nach welcher die Einnahme des Verbandes incl. 655 M. Bestand 4195 M., die Ausgabe 3758 M. betragen hat. Die dem Verbands angehörigenden 26 Vereine zählten im Anfang dieses Jahres 6679 Mitglieder. Ueber die Mitarbeit des Verbandes an dem Entwurf eines deutschen Civilgesetzbuches berichtete Herr Baumeister Schewering, Hannover, daß im Augenblick eine Thätigkeit der Commission nicht angezeigt sei; der Verband möge aber gestatten, daß dieselbe in Wirklichkeit bleibe, um, falls der Entwurf eines bürgerlichen Civilgesetzbuches veröffentlicht werde, die das Baurecht betreffenden Punkte zu prüfen und event. seine Anträge stellen zu können. Hr. Bauinspector Meyer-Hamburg referirte sodann über die civilrechtliche Verantwortlichkeit der Architekten und Ingenieure. Es ist die Erörterung einer einheitlichen Behandlung dieses Theiles des Civilrechtes beantragt, und es sind die Vorarbeiten im Gange. Ueber die einheitliche Bezeichnung der Geschosse in Gebäuden berichtete Herr Bau Rath Köhler, daß preussischerseits eine bestimmte Bezeichnung amtlich angeordnet sei. Es wird beschlossen, diesen Bezeichnungen in der Erwartung zuzustimmen, daß auch die übrigen Staaten dieselben annehmen werden. Herr Professor Red. Hannover berichtete über die Beibringung zur Herbeiführung einheitlicher Bezeichnung mathematisch-technischer Größen; Herr Bauinspector Houffele-Hamburg über die die Vereine schon seit lange beschäftigende Frage, wie eine Statistik des Bauesens zu begründen sei. Es wurde anerkannt, daß es dem Verband unmöglich sei, eine Statistik durchzuführen, daß dies vielmehr nur dem Staate möglich sei. Man beschloß deshalb in einer Denkschrift die Vortheile einer solchen Statistik darzulegen und diese der Reichsregierung mit dem Ersuchen zugehen zu lassen, daß diese eine solche Statistik in's Werk setze. — Mittags vertagte sich dann die Versammlung auf 1 Stunde.

* Dem Appellationsgerichtsrath a. D., Geh. Justizrath Schwarz in Marienthal ist bei seiner Verlegung in den Rubenshof der rote Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub verliehen, der Amtsgerichts-Rath a. D. in Bromberg zum Oberlandesgerichtsrath bei dem Oberlandesgericht in Polen ernannt. Der Amtsrichter Reimbacher in Angersburg ist in Folge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aus dem Justizdienst entlassen.

* Von gestern ab ist in dem Verdrach zwischen den Stationen Danzig und Neufahrwasser einerseits und den Stationen der russischen Südwestbahnen andererseits ein neuer Specialtarif für Getreide u. in Kraft getreten, durch welchen einzelne Frachtsätze erniedrigt werden.

* Am Sonnabend ist auch hier eine Anzahl von Ersatz-Reservisten 1. Klasse zu der ersten zehn-wöchentlichen Uebung zusammengezogen worden. Nach den für diese Uebungen ertheilten allgemeinen Anweisungen soll die erste Hälfte der Dienstzeit zur Ausbildung der Rekruten verwendet werden, in der zweiten Hälfte dann die Unterweisung im Felddienst, Schießübung, Gefechtsübung vorgenommen werden. Im zweiten Jahre folgt dann während vier Wochen, im dritten und vierten Jahre während 14 Tagen die Wiederholung des Erlernten, so daß im Kriegsfalle sofort die Heranziehung der Mannschaften zum activen Dienst bewirkt werden kann.

* Am 1. September begeht, wie schon früher beiläufig bemerkt worden ist, die hiesige Firma Bernhard Braune die Feter ihres 50jährigen Bestehens. Diese Firma war die erste nicht allein am hiesigen Orte, sondern auch in der Provinz, welche außer ihrem Vertrieb von Farbwaren und Colonialartikeln speziell pharma-

herein vorzubringen, müsse man mit positiven Maßnahmen einen Anfang machen und deshalb durch eine zeitweilige Beihilfe aus der allgemeinen Kasse die Schwierigkeit des Kostenpunktes überwinden. — In der lebhaften Discussion wurde von allen Rednern ohne Ausnahme den ersten beiden Erwägungsgründen des Antrages zugestimmt. Nur darüber, ob und inwieweit eine Beihilfe der Centralkasse angemessen sei, herrschte Meinungsverschiedenheit. Der Anwalt, Dr. Schulze-Delitzsch, der Bedürfnis und Zweckmäßigkeit der neuen Institution voll und ganz anerkannte und für dieselbe auch auf die feindlichen Bestrebungen der conservativen Parteien hinwies, fand in Betreff des Zuschusses es unbedenklich, den Unterverbänden von ihren eigenen Beiträgen zur Centralkasse eine Quote (10 Proc.) zum beabsichtigten Zweck zurückzuerhalten. Den schließlichen Antrag vertraten mit großer Wärme ferner Klinkert-Breslau und Schippel-Meinungen. Dieser will auch den zum Allgemeinen Verbands gehörenden Genossenschaften durch das organische Statut die Verpflichtung auferlegen, sich revidiren zu lassen. Gegen einen Beitrag aus der allgemeinen Kasse erklärten sich zu Zeit namentlich die Verbandsdirectoren Schöndt-Wiesbaden, Dr. Knecht-Neustadt a. H. (pfälzischer Verband) und Mayer-München (Verband süddeutscher Consumvereine). Leider wurde von der Mehrheit (entschieden verfrüht) ein Schlusssatz angenommen. Ein Antrag Mayer-München, wonach aus den Erwägungsgründen a und b des schließlichen Antrags die Folgerung gezogen wird, den Unterverbänden die Anstellung von Verbandsrevisoren zu empfehlen, kam zuerst zur Abstimmung. Das Resultat war zweifelhaft, die Zählung ergab Annahme des Antrags mit 70 gegen 57 Stimmen.

Dieses Schlussergebnis ward vielfach lebhaft bedauert. Bei Fortsetzung der Discussion hätte man sich vermutlich mit sehr großer Mehrheit auf einen, der Meinung des Anwaltes entsprechenden, vermittelnden Vorschlag geeinigt, wonach den Unterverbänden, welche ständige Revisoren anstellen, eine Quote ihres Jahresbeitrags zurückzugewähren ist. Hoffentlich werden zunächst die schließlichen Vereine sämtlich dem Plane ihres Verbandsdirectors beistimmen und dadurch die schnelle Verwirklichung desselben ermöglichen. Andere große Verbände, wie der thüringische und west- und ostpreussische werden dann gewiß bald nachfolgen.

den räthselhaften Leichenfund bei Trankwitz ist jetzt folgenden Näheres ermittelt: Kinder, welche daselbst sammelten, fanden zunächst auf einem Hauf von Stroh bewachsenden Grabenrande einige Frankenscheider, welche als diejenigen der am 2. Pfingstfesttage angeblich aus dem Dienste entlassenen Anna Balzer aus Trankwitz erkannt wurden. Der Vorfall wurde sofort zur Kenntniss des Amtsrichters gebracht, welcher die weiteren Forschungen veranlaßte, worauf die Leiche in dem Budischer Wasserabzugsgraben gefunden wurde. Nach dem Obductionsbefunde ist die Balzer, nachdem sie wahrscheinlich einen Schlag auf den Schädel erhalten hatte, mittels ihrer Schürze erstickt, und sodann in den mit Stroh bewachsenen Graben geworfen worden, woselbst sie mit dem Gesicht nach unten lag und wahrscheinlich durch das von den Bergen herabgeschlossene Regenwasser bis auf das linke Bein vollständig eingesenkt wurde. Der von der Leiche getrennte Kopf lag ebenfalls im Schlud. Das linke Bein, von welchem der Fuß vom Hüftloch ab fehlte (letzterer war beiläufig schon früher in Buchwalde gefunden), sowie ein unterer Theil des Leibes, sind wahrnehmlich von Raubthieren bis auf die Knochen verzehrt. Ueber die Veranlassung zum Mord und die Person des Täters konnten keinerlei Gerüchte, auf deren Weiterverfolgung wir verzichten müssen, so lange sie nicht durch die gerichtliche Untersuchung erhärtet sind. — Das dem Gastwirth Hilbrandt in Schönwiese gekohlene Fuhrwerk wurde von den Dieben verlassen auf der Chaussee bei Romdwalde vorgefunden und dem Eigentümer zurückgestellt.

Elbing, 27. August. Der Bau der Pferdeceisenbahn in hiesiger Stadt ist nunmehr beschlossene Sache. Gestern haben die Stadtverordneten in außerordentlicher Sitzung die Einrichtung der Bahn und den mit dem Bauunternehmer, Regierungs-Baumeister A. Wenlandt-Berlin, vereinbarten Vertrag mit wenigen, ganz unwesentlichen redactionellen Änderungen genehmigt, und, da, wie verlautet, auch die künft. Aufsichtsbehörde überhört den Bau der Pferdebahn auf den in Verdringung kommenden fassischen Straßen gestattet hat, so sind damit alle Formalitäten überbunden. Die hiesige Pferdebahn soll außer zum Personen- gleichzeitig zum Güterverkehr benutzt werden. (E. 3.)

* Neustadt, 27. August. Gegen die von der Regierung zu Danzig erfolgte Nichtbestätigung des hiesigen Kaufmanns Schöndt als Abgeordneter der städtischen Verwaltung wurde v. J. von den städtischen Behörden höheren Ortes Beschwerde eingelegt. In Folge dieser Beschwerde ist vor einigen Tagen vom Oberpräsidenten die Bestätigung erteilt worden und es fand in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung die Einführung des betreffenden in sein neues Amt statt. (E. 3.)

Neustadt, 27. August. Der Herr, hier eine Zuderfabrik zu errichten, droht zu scheitern. In der letzten Sitzung des Aufsichtsraths wurde beschlossen, den Antrag auf Auflösung der Gesellschaft zu stellen, da noch 168 000 M. an der notwendigen Summe fehlen. A. Knecht, 27. Aug. Bekanntlich brachte vor ungefähr 3 Tagen die „Königer Zeitung“ in Nr. 87 unter „Eingelände“ einen Artikel über die hier stattgehabten Judenextrawälle. Diesen Artikel beantwortete die „Norddeutsche Presse“ in Neustadt in ihrer Weise und behauptete zugleich, daß der Verfasser des „Eingelände“ ein Lehrer der hiesigen Stadtschule sei. Die 16 Lehrer der hiesigen Stadtschule haben nun, da nach ihrer Ansicht der Art. Artikel Beleidigungen und Denuncationen enthält, beschlossen, gegen den Verfasser desselben resp. gegen den Redacteur der „Nordd. Presse“ einen Ersatzantrag bei der künft. Staatsanwaltschaft zu stellen. — Der Sedantag, welcher bei uns zum Volksfeste geworden ist, wird auch diesmal in der seit 1871 feststehenden Weise gefeiert. Man hofft, daß derselbe in Folge der Anwesenheit des Militärs in diesem Jahre einen besonders großartigen Charakter annehmen werde. — Die Beibringung des hiesigen Vereins gegen Hansbettelei scheinen von Erfolg zu sein. Nur selten sieht man hievor noch ein arbeitstüchtiges Individuum, das sich von Hans zu Hans geht. — In den heutigen Vormittagsstunden ertönten Feuerkugeln; ein in einer Hinterstraße stehender Stall stand in Flammen. Da derselbe mit Futtervorräthen angefüllt war, so konnte der Brand nur auf seinem Herd beschränkt werden. Das

centische Drogen und Waaren für den Gebrauch in Gewerbe und Industrie führte, die man früher nur aus Apotheken und auswärtigen Drogerien zu beziehen im Stande war. In dieser Branche war sie in Danzig längere Zeit ohne Concurrenz. Der Ehrentag der Firma wird als Familienfest, und an demnach folgenden Sonntag durch ein Fest für das zahlreiche Personal und die Fabrikarbeiter begangen werden.

* Ein neues Schmiedgeschäft, das mit dem am Sonnabend mitgetheilten zusammenhängt, ist heute am das Tageslicht gekommen. Am 16. August erschienen zwei Männer bei dem Schmelzwerk Seglinski hieselbst, Boggenpohl 53, stellten sich als die Wüthchändler Anton Erfurt aus Dirschau und Gesellschafts-Commissionär Kr. vor und bereiteten den G. sein Grundstück zu verkaufen. Auch hier wurde der Kaufpreis, und zwar auf 27 000 M., sowie eine Anzahlung von 7500 M. verabredet und die Auszahlung des Grundstücks auf den 2. September festgesetzt. Kr. verlangte, nachdem die Punctionation aufgesetzt und dem G. ein von Erfurt unterschriebener Wechsel über 300 M. eingekündigt war, eine Courtage von 600 M., erhielt aber nur 10 M. als vorläufige Abzugszahlung. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß der Käufer des Grundstücks nicht Anton Erfurt, sondern der schon am Sonnabend verhandelte frühere Victualienhändler Jerker in Gemein-schaft mit dem Gesellschafts-Commissionär Kr. auch diesen Betrag verpaid und den Wechsel auf den Namen Erfurt gefälscht hat.

* Der ehemalige Unteroffizier, jetzige Schreiber Fied wurde heute von der Strafkammer wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt.

* Das Ladenmädchen L., das bei dem Bäckermeister B. conditionirte, stahl bemeldeten der Ladenkasse nach und nach kleinere Geldbeträge. Bei der Verhaftung wurden noch 26,25 M., theils bei der L., theils in ihrem Bett verborgen, ebenso mehrere neue Sachen, die sich dieselbe mit dem gestohlenen Gelde in letzter Zeit gekauft hatte. — Der 15 Jahre alte Junge Bilschke, der bereits 7 Mal wegen Diebstahls bestraft ist, verleitete kleinere Knaben, vor den Damen auf der Promenade herumzutanzten und er suchte dabei die Taschen der Damen zu leeren, was ihm auch in mehreren Fällen gelungen ist. Am 26. August stahl Bilschke ferner einen Arbeiter, während ein anderer Junge mit einem kleinen Leierkasten vor der Thüre musicirte, mittelst Einsteigens durch ein Kadenfenster eine silberne Cylinderruhr.

[Polizeibericht vom 28.-29. Aug.] Verhaftet: ein Mädchen, 2 Arbeiter wegen Diebstahls, 2 Mädchen wegen Einsteigens, 3 Arbeiter wegen Mißhandlung, ein Arbeiter wegen groben Unflats, 3 Odbachole, 7 Bettler, 5 Betrunkene, 19 Dirnen. — Gestohlen: eine Schnupftabakdose von Schildpatt, 1 Siebglas, 1 Handtasche, ein Hohl und 1 Draufrohr. — Verloren: eine silberne Cylinderruhr, welche in einer kleinen Pappschachtel verpackt war und daran fennlich ist, daß auf dem Zifferblatt neben der Zahl III. ein Stückchen ausgebrochen ist. — Gefunden: 5 Ketten mit 4 Stück Badleimwand auf dem Langenmarkt, abzuholen Neugarten 35d beim Dienstmann Wogatzki; in einem Bureau des Polizeigefängnisses auf 5 Jahre wiedererwählt.

Am 27. August hat sich der Maurer B. in seiner Wohnung aus Verger über seine Entlassung aus der Arbeit erhängt. — Heute Morgens ist der Arbeiter Karl Schröder aus Stegen von dem in der Nähe der Schanze Bousmard in der Weichsel liegenden Bach der Wasserramme Nr. 1 gefallen und ertrunken. Es gelang erst nach einer Stunde, die Leiche des sofort untergegangenen S. aus dem Wasser zu fischen.

Dirschau, 28. August. Die Zuderfabrik Piesau (bekanntlich die älteste in der Provinz), welche dieser Tage ihre Jahresversammlung abhielt, hat in letzten Compagne 399 195 Centner Rüben verarbeitet. Der Reingewinn betrug 88 359 M. und die Dividende ist auf 6 Proc. festgesetzt. Zum Directorsmitgliede auf fernere 3 Jahre wurde Herr Director Krupp-Piesau, Herr Rentier Wölter-Danzig zum Mitgliede des Aufsichtsraths auf 5 Jahre wiedererwählt.

△ Aus dem kleinen Werber, 28 August. Ueber den räthselhaften Leichenfund bei Trankwitz ist jetzt folgenden Näheres ermittelt: Kinder, welche daselbst sammelten, fanden zunächst auf einem Hauf von Stroh bewachsenden Grabenrande einige Frankenscheider, welche als diejenigen der am 2. Pfingstfesttage angeblich aus dem Dienste entlassenen Anna Balzer aus Trankwitz erkannt wurden. Der Vorfall wurde sofort zur Kenntniss des Amtsrichters gebracht, welcher die weiteren Forschungen veranlaßte, worauf die Leiche in dem Budischer Wasserabzugsgraben gefunden wurde. Nach dem Obductionsbefunde ist die Balzer, nachdem sie wahrscheinlich einen Schlag auf den Schädel erhalten hatte, mittels ihrer Schürze erstickt, und sodann in den mit Stroh bewachsenen Graben geworfen worden, woselbst sie mit dem Gesicht nach unten lag und wahrscheinlich durch das von den Bergen herabgeschlossene Regenwasser bis auf das linke Bein vollständig eingesenkt wurde. Der von der Leiche getrennte Kopf lag ebenfalls im Schlud. Das linke Bein, von welchem der Fuß vom Hüftloch ab fehlte (letzterer war beiläufig schon früher in Buchwalde gefunden), sowie ein unterer Theil des Leibes, sind wahrnehmlich von Raubthieren bis auf die Knochen verzehrt. Ueber die Veranlassung zum Mord und die Person des Täters konnten keinerlei Gerüchte, auf deren Weiterverfolgung wir verzichten müssen, so lange sie nicht durch die gerichtliche Untersuchung erhärtet sind. — Das dem Gastwirth Hilbrandt in Schönwiese gekohlene Fuhrwerk wurde von den Dieben verlassen auf der Chaussee bei Romdwalde vorgefunden und dem Eigentümer zurückgestellt.

Elbing, 27. August. Der Bau der Pferdeceisenbahn in hiesiger Stadt ist nunmehr beschlossene Sache. Gestern haben die Stadtverordneten in außerordentlicher Sitzung die Einrichtung der Bahn und den mit dem Bauunternehmer, Regierungs-Baumeister A. Wenlandt-Berlin, vereinbarten Vertrag mit wenigen, ganz unwesentlichen redactionellen Änderungen genehmigt, und, da, wie verlautet, auch die künft. Aufsichtsbehörde überhört den Bau der Pferdebahn auf den in Verdringung kommenden fassischen Straßen gestattet hat, so sind damit alle Formalitäten überbunden. Die hiesige Pferdebahn soll außer zum Personen- gleichzeitig zum Güterverkehr benutzt werden. (E. 3.)

* Neustadt, 27. August. Gegen die von der Regierung zu Danzig erfolgte Nichtbestätigung des hiesigen Kaufmanns Schöndt als Abgeordneter der städtischen Verwaltung wurde v. J. von den städtischen Behörden höheren Ortes Beschwerde eingelegt. In Folge dieser Beschwerde ist vor einigen Tagen vom Oberpräsidenten die Bestätigung erteilt worden und es fand in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung die Einführung des betreffenden in sein neues Amt statt. (E. 3.)

Neustadt, 27. August. Der Herr, hier eine Zuderfabrik zu errichten, droht zu scheitern. In der letzten Sitzung des Aufsichtsraths wurde beschlossen, den Antrag auf Auflösung der Gesellschaft zu stellen, da noch 168 000 M. an der notwendigen Summe fehlen. A. Knecht, 27. Aug. Bekanntlich brachte vor ungefähr 3 Tagen die „Königer Zeitung“ in Nr. 87 unter „Eingelände“ einen Artikel über die hier stattgehabten Judenextrawälle. Diesen Artikel beantwortete die „Norddeutsche Presse“ in Neustadt in ihrer Weise und behauptete zugleich, daß der Verfasser des „Eingelände“ ein Lehrer der hiesigen Stadtschule sei. Die 16 Lehrer der hiesigen Stadtschule haben nun, da nach ihrer Ansicht der Art. Artikel Beleidigungen und Denuncationen enthält, beschlossen, gegen den Verfasser desselben resp. gegen den Redacteur der „Nordd. Presse“ einen Ersatzantrag bei der künft. Staatsanwaltschaft zu stellen. — Der Sedantag, welcher bei uns zum Volksfeste geworden ist, wird auch diesmal in der seit 1871 feststehenden Weise gefeiert. Man hofft, daß derselbe in Folge der Anwesenheit des Militärs in diesem Jahre einen besonders großartigen Charakter annehmen werde. — Die Beibringung des hiesigen Vereins gegen Hansbettelei scheinen von Erfolg zu sein. Nur selten sieht man hievor noch ein arbeitstüchtiges Individuum, das sich von Hans zu Hans geht. — In den heutigen Vormittagsstunden ertönten Feuerkugeln; ein in einer Hinterstraße stehender Stall stand in Flammen. Da derselbe mit Futtervorräthen angefüllt war, so konnte der Brand nur auf seinem Herd beschränkt werden. Das

Druck u. Verlag von A. W. Rasemann
in Danzig.